



OKTOBER 2024

**CENTRAL
MEDITERRANEAN
INFO**

ANKÜNFTE

Im Oktober 2024 erreichten laut Daten von [borderline-europe](#) 6.006 Menschen Italien über See. Die meisten Geflüchteten (89%) kamen in Sizilien - vor allem auf Lampedusa - an. Allerdings gab es auch einige Ankünfte in Kalabrien über die ionische Route (5%), wobei der Abfahrtsort meistens die Türkei war. Zudem erreichte ein Boot Sardinien (15 Personen) über die algerische Route. Auffällig ist, dass es mit rund 51% der Ankommenden wieder vermehrt Abfahrten aus Libyen gibt, im Vergleich dazu liegen die Abfahrten aus Tunesien in diesem Monat bei 23%. Die italienischen Behörden retteten nach unseren Zählungen knapp 44% der Angekommenen, wohingegen die Rettungen durch NGO-Schiffe knapp 9% ausmachten. Laut den Daten von [borderline-europe](#) war Frontex im September an rund 8% der Rettungen beteiligt. 5% der Geflüchteten erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. Bei 3% der Ankünfte lagen keine Informationen zur Rettung vor. Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im Oktober 5.722 Menschen in Italien angekommen. Die Diskrepanz dieser Zahl zu unserer Zählung zeigt die Schwierigkeit der Verarbeitung dieser Daten ein weiteres Mal.

Insgesamt verzeichnen wir diesen Monat weniger Ankünfte, was neben schlechten Wetterbedingungen auch auf andere Gründe zurückgeführt werden kann, wie etwa ein rigides Vorgehen der [tunesischen Behörden](#).

WEGE NACH EUROPA

Italien - Albanien Deal

Im Laufe dieses Monats hat die Regierung Meloni ihr vermeintliches Prestige-Projekt ins Ziel gebracht: die Auslagerung der Schnellverfahren von Asylverfahren nach Albanien. Durch die Verlegung dieses bürokratischen Vorgangs in einen Staat, welcher sich nicht auf EU-Territorium befindet, rühmt sich Rom mit der effektiven Verhinderung des Ankommens von Geflüchteten auf europäischem Boden. Dieses menschenverachtende Vorgehen reiht sich nahtlos in die aktuellen Entwicklungen auf dem restlichen Kontinent ein, geflüchtete Menschen als Gefahr für den inneren Frieden darzustellen und sich somit als Verteidiger*innen der Europäer*innen zu inszenieren. Jedoch bleibt dabei immer häufiger die Einhaltung der Menschenrechte auf der Strecke. Diese Tatsache stellt jedoch eine größere Gefahr für die europäischen Demokratien dar als die Anwesenheit geflüchteter Menschen. Der erste Fall betraf am 13. Oktober 2024 16 Menschen aus Bangladesch und Ägypten. Sie wurden bei zwei verschiedenen Rettungen der italienischen Küstenwache in internationalen Gewässern auf das italienische Kriegsschiff *Libra* verbracht und in die Lager nach Shëngjin und Gjadër an der albanischen Adriaküste überstellt.

Grundlage hierfür ist ein Abkommen zwischen Italien und Albanien, welche die aktuellen Regierungen der beiden Länder unter der Führung von Giorgia Meloni und Edi Rama ausgehandelt hatten.

Demnach können ausschließlich nicht-vulnerable, erwachsene Männer aus sogenannten sicheren Herkunftsländern in diesen Lagern ihr beschleunigtes Asylverfahren durchlaufen. Entscheidend hierfür ist der Grundsatz, dass laut Lesart der italienischen Regierung die Aussichten auf Erfolg dieser Asylanträge gen Null tendieren. Jedoch lässt der Vorgang Zweifel an der Durchführbarkeit aufkommen. So mussten bereits nach einem Tag wieder vier der 16 Personen nach Italien zurückgebracht werden. Zwei waren minderjährig, bei den anderen beiden wurde eine besondere Vulnerabilität festgestellt. Doch auch die Inhaftierung der restlichen 12 Personen hielt der Prüfung eines Gerichts in Rom nicht stand. Dieses lehnte die Haft ab, da weder Bangladesch noch Ägypten als sichere Herkunftsländer gelten können. Somit folgte das Gericht einem EuGH-Urteil vom 04. Oktober 2024. Hierbei befand das Gericht, dass Staaten nur dann als sicher gelten können, wenn alle Personen überall in diesem Staat sicher sind. Aufgrund verschiedener Menschenrechtsverletzungen ist dies allerdings weder in Bangladesch noch in Ägypten der Fall. Die italienische Regierung kritisiert diese Entscheidung postwendend als "politisch motiviert". Allerdings kommt auch das Außenministerium unter Antonio Tajani zu einer ähnlichen Einschätzung wie das Gericht, was vor allem zwischen dem ehemaligen Innenminister Matteo Salvini und Außenminister Tajani zu massiven Verstimmungen führte. Weitere Informationen zu dem Deal und diesem ersten Fall hierzu sind [in unserem Scirocco Nr. 15](#) zu finden. Trotz der Urteile hält Italien an dem Deal fest.

Gewaltvolles Vorgehen auf dem Mittelmeer

Am [13. Oktober 2024](#) dokumentierte die Sea-Eye 4 (Sea-Eye) ein gewaltvolles Vorgehen auf dem Mittelmeer, bei dem 22 Menschen in internationalen Gewässern von maskierten Männern gezwungen wurden, ins Wasser zu springen. Die Sea-Eye 4 konnte zwar alle Menschen retten, doch das, was sich hier ereignete, ist nur eines von vielen Beispielen für Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Akteure, die auf dem Mittelmeer agieren und Menschen in Gefahr bringen, werden immer undurchsichtiger und erschweren somit die Ermittlung dieser Täter*innen.

Auf dieses Problem macht auch Gordon Isler, der [Vorsitzende der Sea-Eye e.V.](#), aufmerksam: "Die EU-Mitgliedstaaten dürfen nicht zulassen, dass internationale Gewässer zu einem rechtsfreien Raum werden. Die Verantwortlichen müssen ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden."

PUSH – UND PULLBACKS

Im Oktober 2024 wurden nach unseren Zählungen 1.498 im Mittelmeer "intercepted", das heißt, sie wurden Opfer von Push- oder Pullbacks. 1.448 Menschen wurden nach Libyen und 50 Menschen nach Tunesien zurück geschleppt. Diese Zahlen sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer wahrscheinlich weitaus höher liegt.

Push- und Pullbacks sind illegal und nicht mit den Menschenrechten zu vereinbaren. Neben dem gewaltvollen Zurückdrängen und Zurückschleppen von Geflüchteten auf dem Mittelmeer, erfahren die Menschen nach dieser Rückführung häufig Gewalt, Folter, Vergewaltigung bis hin zum Tod. Wenn die Menschen in Gefängnisse kommen, müssen sie häufig hohe Summen zahlen, um diese wieder verlassen zu können. Der tunesische Aktivist Jihed Brimi veröffentlichte am [10. Oktober 2024](#) einen Tweet, in dem er von einem Fall berichtete, bei dem 22 Menschen von der sogenannten libyschen Küstenwache zurückgeholt wurden. Er berichtet, dass ihnen ihre Handys und Kleidung abgenommen wurde, und dass es \$2.000 kostet, um sich aus dem Gefängnis in Zawiya, Libyen, freizukaufen.

Auch in Tunesien spitzt sich die Lage unter dem [Anfang Oktober wiedergewählten](#) Präsidenten Kais Saied weiter zu. Jihed Brimi postete am [10. Oktober 2024 einen Beitrag](#), in dem er darauf aufmerksam machte, dass die Wochen davor 2.500 Menschen von der tunesischen Nationalgarde verhaftet und 1.900 Menschen aus Subsahara-Afrika davon abgehalten wurden, die Ländergrenzen zu übertreten. Diese Handlungen unterstreichen erneut, warum eine Zusammenarbeit der EU mit Tunesien menschenrechtswidrig ist.

TOTE & VERMISSTE

Die 34. Ausgabe des [Dossier Statistico Immigrazione](#), das vom Centro Studi e Ricerche IDOS in Zusammenarbeit mit dem Centro Studi Confronti und dem Istituto di Studi Politici „S. Pio V“ erstellt wurde, weist für den Zeitraum von 2014 bis August 2024 über 30.294 festgestellte Todesfälle und Vermisste aus. Die Studie weist auch darauf hin, dass mehr als 1.000 Anlandungen als Polizeieinsätze und nicht als Rettungsaktionen eingestuft wurden - in Cutro 2023, in Roccella Ionica 2024 und ebenso in vielen anderen Fällen haben wir die fatalen Folgen gesehen.

Doch wir dürfen diese Toten nicht schweigend akzeptieren. Am 14. April 2024 wurde ein Teil der Leiche eines Kindes an der kalabrischen Küsten in [Sant'Eufemia von einem Fischer](#) gefunden. Weitere Leichen waren weit verstreut gefunden worden: zwei waren im März vor den Äolischen Inseln aufgetaucht, eine in der Nähe von Messina und eine bei Capo Tindari. Nur durch die Arbeit der Staatsanwaltschaft von Lamezia Terme in Kalabrien, die nach dem Fund des Kindes ermittelte, konnte ein Schiffsunglück aufgeklärt werden, bei dem alle Passagiere des Bootes, das am 6. Februar 2024 von Bizerte (Tunesien) auslief und vor der Küste Siziliens sank, ums Leben kamen.

Das Schweigen um Roccella Jonica

In der Nacht vom 16. auf den 17. Juni 2024 [starben vor Roccella Jonica 65 Menschen](#), darunter viele Kinder. Das Boot war mit 76 Personen aus Bodrum in der Türkei losgefahren. Ihr Tod wäre vermeidbar gewesen, hätte man aus früheren Tragödien wie dem Cutro-Unglück im Februar 2023 gelernt. Stattdessen deckt eine investigative Reportage der Polit-TV-Sendung [Report](#) auf, wie das Versagen der Rettungsdienste und das zögerliche Handeln erneut Leben kostete.

Alarm Phone war von einem kurdischen Journalisten informiert worden, der bereits seit zwei Tagen nach Hilfe suchte, und gab diese Informationen umgehend an die italienische Küstenwache weiter, doch nichts geschah. Französische Tourist*innen wurden unfreiwillig Zeug*innen des Sterbens und trafen ein, als die Menschen noch lebten. Während Politiker*innen der Demokratischen Partei volle Transparenz vom Innenminister fordern, finden die Behörden weiterhin Ausflüchte: es habe zu dem Zeitpunkt keine Flüge von Frontex gegeben, angeblich hätte sie keinen Hilferuf aus italienischen Gewässern erhalten und überhaupt habe es sich ihrer Meinung nach bei den Meldungen um unterschiedliche Fälle gehandelt. Der italienische Innenminister Matteo Piantedosi hat das Parlament und die Öffentlichkeit [bewusst getäuscht](#), indem er behauptete, das Boot sei außerhalb der italienischen SAR-Zone gesunken. Doch Karten und Zeugenaussagen beweisen klar das Gegenteil: Das Boot befand sich in italienischer Verantwortung, und dennoch wurde keine Rettung eingeleitet. Diese fahrlässige Untätigkeit angesichts eines in Not geratenen Bootes zeigt die unmenschliche Härte der italienischen Flüchtlingspolitik, die das Leben verzweifelter Menschen wissentlich aufs Spiel setzt.

Weitere Todesfälle

Das Sterben im Mittelmeer geht weiter. Am 29. Oktober 2024 kamen zwölf ägyptische Migranten vor der libyschen Küste ums Leben, als ihr Boot kenterte. Nur ein Überlebender konnte gerettet und nach Libyen gebracht werden. "Berichte von Reuters und ägyptischen Sicherheitskreisen bestätigen, dass die Migranten aus den ägyptischen Gouvernements Sharqia und Gharbia aufgebrochen waren. Ihr Ziel war es, (...) nach Italien zu gelangen", so die Tageszeitung [Libya Review](#).

Um den 27. Oktober herum hat die [tunesische Küstenwache die Leichen von 16 Migrant*innen](#) vor der Stadt Chebba, geborgen. Sie konnten weder identifiziert noch einem Schiffsunglück zugeordnet werden. Nach Angaben einer tunesischen NGO starben allein im Jahr 2023 mehr als 1.300 Menschen vor der tunesischen Küste. [IOM](#) (International Organisation of Migration) spricht von 1.251 Toten im Zentralen Mittelmeer bisher im laufenden Jahr. Die Dunkelziffer dürfte auch hier deutlich höher liegen.

ZIVILER WIDERSTAND

Insgesamt konnten im Oktober 2024 574 Menschen durch NGOs gerettet werden. Es gab zwei Mehrfachrettungen durch die Nadir und die Ocean Viking, der der weit entfernte Hafen Ravenna zugeordnet wurde.

Das Schiff Humanity I (SOS Humanity) rettete im Oktober 2024 37 Menschen in zwei Rettungen, wobei die zweite nur eine einzige Person betraf. Die Mare Jonio (Mediterranea Saving Humans) rettete in einem Fall 58 Menschen. Das Schiff Nadir (RESQSHIP) rettete insgesamt 227 Menschen in vier Rettungen, alle wurden nach Lampedusa gebracht. Die Ocean Viking von SOS Mediteranéé rettete in zwei Rettungseinsätzen insgesamt 72 Menschen. Die beiden Schiffe der NGO Sea-Eye, die Sea-Eye 4 und die Sea-Eye 5, retteten in je einem Fall 22 bzw. 65 Menschen. Das neue Schiff der Organisation Open Arms, die Solidaire, rettete in ihrem ersten Fall 41 Menschen und brachte diesen in den Hafen von Salerno. Zudem rettete die Trotamar III (CompassCollective) ebenfalls 41 Menschen.

Die Mare Jonio der NGO Mediterranea Saving Humans wurde am 15. Oktober im sizilianischen Hafen von Porto Empedocle blockiert, da sie sich nach der oben erwähnten Rettung von 58 Menschen der Zuweisung des weit entfernten Hafens Neapel durch die italienischen Behörden widersetzt hatte und stattdessen nach Sizilien fuhr.

Die Urteile von Brindisi und Crotone zur Freilassung der Schiffe

Zivile Seenotrettungsorganisationen klagen regelmäßig gegen die Festsetzung ihrer Schiffe. Ein wichtiger Fall ist die Entscheidung des Gerichts von Crotone für die Humanity 1. Diese hatte am 2. März 2024 77 Menschen in internationalen Gewässern gerettet, Crotone wurde als Hafen zugewiesen. Dort wurde das Schiff festgelegt, weil angeblich gegen das sogenannte Piantadosi Dekret verstoßen worden war. In diesem Falle: man habe nicht mit der sogenannten libyschen Küstenwache zusammengearbeitet. Diese war jedoch besonders brutal bei der Rettung vorgegangen, dokumentiert vom zivilen Aufklärungsflugzeug Sea Bird (Sea-Watch). Wichtig und neu bei der Entscheidung zur Freilassung des Schiffes durch das Gericht in Crotone: Das Verhalten der sogenannten libyschen Küstenwache sei nicht mit Rettungsmaßnahmen zu vergleichen. Es brauche nicht nur einen sicheren Hafen, sondern auch das Verhalten der Rettungseinheit sei relevant. Genauerem Einblick in das Urteil gibt die Soziologin Chiara Denaro in ihrem Artikel vom 29. Oktober 2024 auf dem Blog [Border Criminologies](#).

Auch im Falle der Ocean Viking (SOS Méditerranée) wurde das Schiff nach einer Rettung von 261 Personen nach der Ankunft festgelegt. Das Piantedosi-Dekret sei verletzt worden, in diesem Fall durch verbotene Mehrfachrettungen und ebenfalls wegen Nichtbeachtung der Anweisungen der sogenannten libyschen Küstenwache. Nach einer Klage von SOS Méditerranée entschied die Richterin in Brindisi nun, dass die [Verfassungsmäßigkeit des Piantedosi-Dekretes zu prüfen sei](#) und verwies den Fall an den Verfassungsgerichtshof. Frage ist, ob es tatsächlich rechtens ist, dass falsche Anschuldigungen der sogenannten libyschen Küstenwache dazu führen, dass die italienischen Behörden eingreifen und Schiffe festlegen. Schiffe, die ihrer Pflicht zur Rettung nachkommen, wenn sie Menschen auf nicht hochseetauglichen Booten antreffen.

Mediterranea klagt

Nachdem die italienische Regierung das zivile Rettungsschiff Mare Jonio gezwungen hatte, seine Rettungseinrichtung an Bord abzubauen ([siehe CMI September 2024](#)), wurden am 1. November zwei Klagen eingereicht. "In der von den Anwältinnen Lucia Gennari, Cristina Laura Cecchini und Giulia Crescini beim Zivilgericht von Agrigento eingereichten Klage gegen das Verkehrs-, das Innen- und das Wirtschafts- und Finanzministerium wird die Nichtigerklärung des Protokolls vom 15. Oktober beantragt. Hierdurch wurde das Schiff mit einer 20-tägigen Haftstrafe belegt, nachdem die Mare Jonio in internationalen Gewässern der tunesischen SAR-Zone 58 Menschen aus Lebensgefahr gerettet hatte, die dann sicher in Porto Empedocle an Land gebracht wurden", heißt es in der [Erklärung von Mediterranea](#). Die zweite Klage wurde vor dem Verwaltungsgericht der Region Lazio eingereicht. Hier wurde auch gefordert, die Weigerung der Schifffahrtsbehörde zurückzunehmen, welche die Mare Jonio nicht als Rettungsschiff zertifizieren will. Zudem soll die rechtswidrige Anordnung, die Rettungsausrüstung auszuladen, zurückgenommen werden.

Der Prozess Open Arms gegen Matteo Salvini

2019 - Die Open Arms rettete 163 Menschen und wurde vom damaligen Innenminister Matteo Salvini wochenlang an der Einfahrt in einen italienischen Hafen gehindert. Der Prozess gegen Salvini findet nun ein Ende, am 20. Dezember 2024 wird das Urteil erwartet. Am 18. Oktober hatte Giulia Bongiorno, selbst Mitglied in Salvinis Partei Lega und seine Verteidigerin, einen dreistündigen Monolog als Abschlussplädoyer gehalten. Dieser erinnerte zwischenzeitlich mehr an eine politische Rede als an eine persönliche Verteidigung, da die parteipolitischen Zusammenhänge in den Vordergrund gerückt wurden. Salvini hätte als Innenminister als reiner Ausführer der Interessen des italienischen Staates fungiert. Häufige Wortwiederholungen und bildhafte Sprache waren auffallend. Es gehe vor allem um die Souveränität Italiens und die Notwendigkeit des „Grenzschutzes“. Worum es in diesem Fall geht, ist im [Scirocco Nr. 15](#) zu lesen.

FDP will Zahlungen für private Seenotretter*innen stoppen

Die Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann der FDP-Delegation im EU-Parlament initiierte die Diskussion der [Finanzierung von privaten Seenotretter*innen durch das Auswärtige Amt](#), wodurch es zu Spannungen zwischen FDP und Bündnis 90/Die Grünen kam. Die Begründung, dass die Ausgaben zu hoch seien und die Ankünfte zurückgegangen sind, können jedoch nicht als Argument gewertet werden, vor allem weil der Rückgang der Zahlen auch mit den EU-Externalisierungsmaßnahmen in Zusammenhang gesetzt werden muss. Dazu zählen zum Beispiel Abkommen mit Staaten wie Tunesien und Libyen, die durch EU-Gelder eine Aufrüstung ihrer sogenannten Küstenwache erfahren und keine Rettung und Hilfe gewährleisten, sondern gewaltvolle Pullbacks durchführen und auf Land und See massive Menschenrechtsverletzungen begehen. Annalena Baerbock kommentierte, dass die Förderung ziviler Seenotretter*innen mit zwei Millionen jährlich bis 2026 vor zwei Jahren im Bundestag beschlossen wurde, und dass Menschen mit diesen Geldern gerettet werden.



Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de